



## Mitteilung

Berlin, den 14. Juni 2017

**Die 91. Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda findet statt am  
Mittwoch, dem 21. Juni 2017, 16:00 Uhr  
11011 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Sitzungssaal: PLH E.200**

Sekretariat  
Telefon: +49 30 227-32612  
Fax: +49 30 227-36159

Sitzungssaal  
Telefon: +49 227-30269  
Fax: +49 227-36295

**Achtung!**  
**Abweichende Sitzungszeit!**

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Fachgespräch  
zum Thema  
"Moderner Staat - Chancen durch die  
Digitalisierung"

a) **Liste der Sachverständigen**

**Ausschussdrucksache 18(24)SB42**

b) **Fragenkatalog**

**Ausschussdrucksache 18(24)SB43**

Interessierte Besucher und Besucherinnen werden gebeten, sich unter Angabe ihres Namens und Geburtsdatums bis zum **20. Juni 2017, 17.00 Uhr** beim Ausschussekretariat anzumelden: [ada@bundestag.de](mailto:ada@bundestag.de).

Bitte bringen Sie Ihren gültigen Personalausweis mit.

Jens Koeppen, MdB  
Vorsitzender

Deutscher Bundestag  
Ausschuss Digitale Agenda

Ausschussdrucksache  
18(24)SB42



Deutscher Bundestag

---

**Liste der Sachverständigen**

Öffentliches Fachgespräch

am Mittwoch, 21. Juni 2017, **16.00 bis 18.00 Uhr** im  
Sitzungssaal E 200 Paul-Löbe-Haus

---

Thema:

**Moderner Staat - Chancen durch die Digitalisierung**

**Dr. Johannes Ludewig**

Vorsitzender des Nationalen Normenkontrollrates

**Prof. Dr. Mario Martini**

Deutsche Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer

**Matthias Kammer**

Direktor des Deutschen Instituts für Vertrauen und Sicherheit im Internet

**Walter Palmeshofer**

Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.

**Prof. Dr. Ines Mergel**

Universität Konstanz

**Fragenkatalog für das Fachgespräch „Moderner Staat – Chancen durch die Digitalisierung“  
am 21. Juni 2017**

- 1) Im Zuge der Digitalisierung ist es wichtig, dass auch Staat und Verwaltung ihre Aufgabenwahrnehmung modernisieren und die Chancen der Digitalisierung nutzen. Wie ist aus Ihrer Sicht der gegenwärtige Stand der Verwaltungsmodernisierung und wo werden die Potenziale der Digitalisierung wie genutzt? Wo liegen jetzt Erfolgsgeschichten in Deutschland vor? An welche Erfolge kann angeknüpft werden?
- 2) Der Deutsche Bundestag hat durch zahlreiche Gesetze in dieser Legislaturperiode (z.B. das Open-Data-Gesetz, das eID-Gesetz und die Grundgesetzänderung zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen) und mit dem Regierungsprogramm „Digitale Verwaltung 2020“ Optionen geschaffen, um die Verwaltung stärker zu Partnern von Bürgerinnen und Bürgern, Startups und KMU zu machen. Welche weiteren Vorschläge haben Sie? Wie könnte die Zivilgesellschaft in diesen Prozess eingebunden werden? Welche Empfehlungen haben Sie, um diesen Initiativen zum Erfolg zu verhelfen?
- 3) Welche Grundzüge müssten kohärente Open- und E-Government-Strategien für die nächste Legislaturperiode haben? Wie kann es aus Ihrer Sicht gelingen, die Digitalisierung der Verwaltung in Deutschland zu beschleunigen und damit die Potenziale der Digitalisierung für die Verwaltung wie auch für die Bürgerinnen und Bürger schneller zu heben?
- 4) Wie sehen Sie die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Digitalisierung der Verwaltung auf das Staat-Bürger-Verhältnis? Welche Erwartungen haben Bürgerinnen und Bürger und welche Erwartungen kann der Staat nicht erfüllen? Welche Interessenabwägungen werden hier in Zukunft relevant sein? Welche Strukturveränderungen könnten auf die Verwaltungen zukommen?
- 5) Welche Möglichkeiten eröffnet die Grundgesetzänderung zur Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen für flächendeckende IT-Lösungen in der Verwaltung? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang das Onlinezugangsgesetz? Welche Projekte sind Ihrer Meinung nach hier die wichtigsten beziehungsweise drängendsten?
- 6) Welche Schritte sollte der Bund aus Ihrer Sicht gehen, um weitere Bürokratierleichterungen mit Hilfe digitaler Technologien zu regeln (z.B. durch weiteren Abbau der Schriftformerfordernisse und Regelungen zum persönlichen Vorsprechen)? Welche administrativen und organisatorischen Schritte sind für einen kulturellen Wandel in den Verwaltungen hin zu einem modernen E-Government erforderlich (IT-Planungsrat; Beauftragte/r der Bundesregierung für die Umsetzung der Open- und E-Government-Strategien; Open- und E-Government-Beratungsbüros des Bundes, an die sich Länder und Kommunen im Vorfeld der Implementierung von Open- und E-Government-Angeboten richten können etc.)?

- 7) Wie kann das Benutzervertrauen erhöht werden (effektiver und innovativer Datenschutz; Daten- und IT-Sicherheit; konsequenter Einsatz durchgehender Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen bei allen IT-Großprojekten etc.)? Worin liegen die Erfolgsbedingungen für eine hohe Akzeptanz eines erfolgreichen eID-Angebots des Bundes?
- 8) Wie könnte das Ausschreibungs- und Beschaffungswesen so überarbeitet werden, dass zum einen von den Innovationschancen freier und offener Software profitiert werden kann und zum anderen auch die Teilnahmechancen von Startups erhöht werden?
- 9) Wie schätzen Sie die Bestrebung ein, das bestehende Informationsfreiheitsrecht zu einem Transparenzrecht (nach dem Vorbild von Hamburg und Rheinland-Pfalz) auszubauen?
- 10) Welche anderen Technologien gewinnen an Bedeutung für das Thema Digitale Verwaltung? Welches Potenzial besitzt die Blockchain-Technologie für die Digitalisierung der Verwaltung?  
Welche Chancen und Risiken bietet aus Ihrer Sicht das Tell-Us-Once-Prinzip/Once-Only-Prinzip, bzw. wie sind diese Überlegungen aus verfassungsrechtlicher, datenschutzrechtlicher Sicht sowie mit Blick auf IT-Sicherheit zu bewerten? Wie könnte das Prinzip des Vorrangs der digitalen Verfahrensabwicklung für Verwaltungsleistungen eingeführt werden (Digital by Default) – unter Berücksichtigung von Barrierefreiheit und der Option einer Nichtnutzung von digitalen Angeboten?
- 11) Wie stellt sich aus Ihrer Sicht die Situation in anderen Staaten dar - sowohl vergleichbar organisiert (z.B. föderal, wie Österreich) als auch schwer vergleichbar (z.B. zentralistisch/klein wie Estland oder Singapur)? Welche Staaten können als Beispiel dienen und warum?
- 12) Wie bewerten Sie das Potential von Smart Cities in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht? Welche Städte, die sich zur Transparenz ihrer öffentlichen Politik durch die Öffnung ihrer Daten aus Verwaltung und staatlichen Unternehmen verpflichtet haben, betrachten Sie im internationalen Kontext für vorbildlich?